

Dachau, den 2.7.1946 ✓



Fidesstattliche Erklärung.

Betrifft: Nachstehende Ausführungen.

General der Art. Maximilian Fretter - Pico, being
duly sworn, depose and say:

28-39A-1
Nachstehende Ausführungen stützen sich, soweit sie nicht
Zitate umfassen, auf persönliche Beobachtungen, Erlebnis-
se, Erfahrungen und Erkenntnisse, die ich in meinen
Stellungen als Führerstabsoffizier, Generalstabsoffizier
in der Front gewonnen habe.

Die milit. Führer hatten keinen Einfluss auf Entschei-
dungen, die als Vorbereitung einer Aggressionspolitik
angesehen werden:

- Im Einzelnen: I. Politische Entscheidungen (Kenntnis
und Stellungnahme) Austritt aus dem Völker-
bund, Wehrhoheit, Rheinlandbesetzung.
II. Auffassung milit. Führer über Zweck und
Tempo der Aufrüstung.
III. Ausbildung von Führer und Truppe:
tatsächliche Kriegsbereitschaft.

A. Allgemeines:

Die Gedankenwelt des deutschen Offiziers ist das Ergebnis
einer langen Entwicklung. Sie ist mit der Geschichte des
deutschen Reiches aufs engste verbunden und Tradition
geworden. Wer das nicht berücksichtigt, muss zwangsläufig
zu einer falschen Beurteilung des deutschen Off.korps
in seinem Denken und Handeln kommen.

Im deutschen Off. Korps ist besonders stark ausgeprägt
der Gehorsam, Pflichterfüllung und Treue gegenüber Volk
und Vaterland, eine Treue, die auf Gegenseitigkeit beruhte.
Die Beschäftigung mit der Politik lehnte es ab. Es war
von jeher unpolitisch. Nicht nur, weil ihm eine innen- und
ausenpolitische Betätigung verboten war - Der Soldat
hatte zu allen Zeiten weder aktives noch passives Wahl-
recht-, sondern weil es sich bei seinem realistischen
Denken nicht in Dinge mischte, von denen es gar nicht
oder wenig verstand.

Die Wehrmacht war von jeher ein Instrument der Politik, ohne selbst Politik zu machen. Dass im übrigen Hitler bei seiner diktatorischen Staatsführung im allgemeinen keinerlei Einflussnahme von seiten der Generalität auf seine politische Entschlussfassung weder wollte noch duldete, dürfte inzwischen allgemein bekannt sein. Auch Napoleon hat seine Generale nie in politischen Dingen um Rat gefragt. Das liegt nun einmal im Wesen jeden Diktators begründet. Trotzdem sind von hoher milit. Seite des öfteren Versuche unternommen worden, schon vor dem Kriege eine etwaige Kriegspolitik Hitlers besonders aber auch während des Krieges abzubremmen oder wenigstens zu beschränken. Die Ausführungen des Gen. Marshall in seinem Bericht vom 10.10.1945 an den Präsidenten der USA sind hierfür ein Beweis, dessen Objektivität nicht angezweifelt werden kann.

B. Im Einzelnen:

Die ~~maximale~~ Möglichkeit einer Einflussnahme auf die politische Entschlussfassung setzt folgende Erfordernisse voraus:

- 1). Kenntnis der politischen Absichten,
- 2). Bei Kenntnis der politischen Absichten Gelegenheit, die anders geartete Ansicht bei der Staatsführung zu Gehör zu bringen
- 3). unter der Voraussetzung, dass die Erfordernisse zu 1) und 2) zutreffen, die Bereitschaft der Staatsführung, anders geartete Ansichten anzunehmen.

I. Politische Entscheidungen:

1.) Es hat an Warnern vor dem Kriege nicht gefehlt. Hierfür einige Beispiele und Beweise.

- a) Gen. d. ~~Ausnahme~~ Freiherr Geyr von Schweppenberg, der bis ein Jahr vor dem Kriege Milit. Attaché in London war, ~~war~~ warnte immer wieder: "Krieg mit Polen ist für England der Kriegsfall." Diese Warnungen wurden von Hitler beseitigegeschoben.
- b) Gen. Oberst B e e k , vor dem Kriege Chef des Gen. Stabes des Heeres, legte im September 1938 folgende Aktennotiz im OKH nieder:
"Um unsere Stellung dem Historiker gegenüber in Zu-

25-39/1-3

kunft klar zu stellen und den Ruf des OKH, sauber zu halten, wünsche ich zu Protokoll zu geben, dass ich als Chef des Generalstabes des Heeres mich geweigert habe, irgendwelche Nazikriegsabenteuer zu billigen. Ein endgültiger deutscher Sieg ist eine Unmöglichkeit."

e) Gen. der Art. von Bockelberg:

Chef des Heeres-Waffen-Amtes, (1932 Gast der Roten Armee zusammen mit anderen hohen deutschen Offizieren) schloss seine Denkschrift:

"Wir haben mit unseren eigenen Augen gesehen, dass in Russland eine Industrie von amerikanischen Ausmassen aufgebaut wird. Wir haben mit unseren eigenen Augen gesehen, dass Russland im Besitz eines geradezu ungeheuerlichen Bestandes modernster Werkzeugmaschinen ist, die meist deutscher oder amerikanischer Herkunft sind. Noch kann der Russe diese Maschinen nicht bedienen. Der Tag wird kommen, an dem er dies gelernt haben wird, dann Gnade Gott demjenigen Volke, das mit Russland im Bösen zu tun bekommt."

Als diese Denkschrift Hitler vorgelegt wurde gab es erbitterte Auseinandersetzungen, an deren Ende Gen.v.B. wegen seiner schwarzseherischen Phantasterei seines Amtes enthoben und entlassen wurde.

d) Gen. der Inf. Thomas (Chef des Wirtschafts-

und Rüstungsamtes) als Warner schon lange unbequem, liess durch Keitel seine Denkschrift kurz vor Ausbruch des Krieges Hitler vorlegen. Welt- Hierin, Nachweis: "Es kommt ein langer Krieg, den Deutschland verlieren wird." Hitlers Antwort: "Er teile die Bedenken nicht. Die Franzosen seien ein verkommenes und pazifistisches Volk, die Engländer zu dekadent, um Polen zu helfen. Amerika würde nie wieder einen Mann nach Europa schicken, um fremde Kastanien aus dem Feuer zu holen."

e) Die wahren Gründe für den Weggang Gen. Oberst Freiherr von Fritsch hat Hitler vor Generalen und Truppen-Kommandeuren nach Anschluss

4
25-33/1-4
Österreichs bekannt:

"Ein politischer Führer kann bei Durchführung seiner Absichten keinen Oberbefehlshaber ~~wag~~ gebrauchen, der bei allem nicht nur milit., sondern auch sonstige Schwierigkeiten sieht und der sich deshalb seinem Staatsoberhaupt versagt."

- f) Während der Sudetenkrise legten Gen. Oberst B e e k und von B r a u c h i t s c h eine Denkschrift vor und zeigten die Gefahr eines Weltkrieges. Darauf ungewöhnlicher Schritt. Hitler berief August 1938 die Chefs der Gen. Stäbe der ins Aussicht genommenen AOK nach dem Berghof zur Befragung. Er fand die gleiche einmütige Ablehnung.
- g) C h u r c h i l l am 23.6.1938. Er sagte mit Bezug auf die Möglichkeit eines 2. Weltkrieges: "Die deutschen Hoerführer sind die Ersten, die Vorsicht und Verzögerung anraten."
- h) Gen. M a r s h a l l in seinem Bericht vom 10.10.1945 an den Präsidenten der USA: "Die Geschichte des deutschen Generalstabes von 1938 an ist ~~wirk~~ die eines dauernden Kampfes der Meinungen, in welchem das milit. Urteil mehr und mehr unterlag."

Aus obengenannten Beispielen geht klar hervor:

- 1.) dass ~~wirk~~ die milit. Führer, soweit sie überhaupt von den politischen Absichten in Kenntnis gesetzt waren, zu wiederholten Malen versucht haben, Hitler im Sinne einer Friedenspolitik zu beeinflussen.
- 2.) Dass alle Warnungen von Hitler in den Wind geschlagen wurden.

Die Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie lassen sich sicher noch beliebig vermehren.

2.) Austritt aus dem Völkerbund:

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Völkerbund nicht eine ~~Institution~~ zur Befriedigung der ~~Wüns~~ Völker war, sondern die Verewigung des Versailler-Diktats zu Gunsten der Siegermächte zum Ziele hatte. Hätte der Völkerbund Deutschland die Gleichberechtigung zugestanden, so hätte die Geschichte eine andere für Europa glücklichere Entwicklung genommen, hierin liegt die historische Schuld des Völkerbundes.

Artikel III der Völkerbundsatzungen behandelt die Änderungen

- 5 -
25-39/1-5

der sich als unhaltbar herausstellenden Verträge.
J. Foster Dulles verurteilt in seinem Artikel
"Warpeace and change" (1939) es schärfstens, dass
dieser Artikel nie angewandt wurde, denn, die
Elastizität sei das unerlässliche Gegenstück zur
Helligkeit der Verträge und zum Verzicht auf Gewalt-
anwendung.

Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund kann
daher niemals als ein Akt der Aggressionspolitik ange-
sehen werden, weil keinem freiheitliebendem, selbstän-
digen und grossen Staate zugemutet werden kann, einer
Institution anzugehören, die seine Versklavung für
alle Zeiten zum Ziele hat.

Es wirft ein Bezeichnendes Licht auf den Völkerbund,
dass Amerika nicht dem Völkerbund angehört, obwohl
es ihn ins Leben gerufen hat und dass Russland im
Zusammenhang mit seinem Angriff auf Finnland aus
dem Völkerbund ausgeschlossen wurde.

3. Wehrhoheit.

Die Einführung der Wehrhoheit mit allgemeiner Wehr-
pflicht ist keine Vorbereitung einer Aggressionspoli-
tik, sondern hatte rein defensiven Charakter.

Beweise:

a) Nach dem Versailler-Diktat sollte Deutschland
mit einer allgemeinen Abrüstung beginnen, alle
anderen Staaten sollten folgen.

Als Deutschland völlig abgerüstet hatte - bis auf
die zugestandenen Land- und Seestreitkräfte -
(ohne Luftaffe!) - die Signatormächte jedoch nicht
folgten, war das Versailler-Diktat durch diese ge-
brochen und gab Deutschland freie Hand.

b) Die Vorschläge Hitlers zur Abrüstung sind bekannt.
Sie gingen schliesslich dahin: Falls eine allge-
meine Abrüstung lt. Versailler-Diktat undurchführbar
sei, dann schläge er vor: Beschränkung der Angriffswaffen,
Humanisierung des Krieges, Verbot des Bomben-
und Gaskrieges und gewisser schwerer Waffen.

Er erklärte später: Erst als im Jahre 1934 der
letzte meiner umfassenden Vorschläge, der ein
300 000 Mann-Heer betraf, endgültig abgelehnt war,

gab ich den Befehl zu einer deutschen, nunmehr allerdings gründlichen Wiederaufrüstung." Es wird niemand behaupten wollen, dass ein deutsches Heer von 300 000 Mann, sei es auch noch so gut ausgebildet, ohne moderne Ausrüstung und Bewaffnung, als Aggressionsmassnahme angesehen werden kann, vor allem, wenn man die Grösse Deutschlands, seine ungeschützten langen Grenzen, und die waffenstarrende, gegenseitig durch Bündnisse gegen Deutschland verpflichteten Nachbarn berücksichtigt.

- 25-39A-6
- c) Jeder schwache Staat ohne mächtige Bundesgenossen ist eine Gefahr für den Frieden. Dies beweist der Angriff Russlands gegen Finnland und die baltischen Staaten vor dem 2. Weltkrieg. Mächtige Bundesgenossen aber hatte das schwache Deutschland nicht, die auferüsteten Staaten standen alle im feindlichen Lager. In diesem Sinne sagt der Aussenminister der USA. Byrnes am 21.3.1946 in New York "Schwäche fordert die Angriffe heraus". Gen. Marshall in seinem Bericht vom 10.10.45 an den Präsidenten der USA: "Welt nimmt die Wünsche der Schwachen nicht ~~beacht~~."

- d) P. Gibbs "England spricht" 1937 (Auszug)! Man sollte beim Studium der Geschichte auf den Vers. Vertrag zurückgehen und seine Strafklauseln genau ansehen. Kein freimütiger Geist stand auf, die Menschlichkeit aus den Trümmern jener Zeit wieder zu Recht kommen zu lassen. Wir haben eine Gelegenheit verpasst, aus dem Unglück, der Erniedrigung und Verzweiflung, in die Deutschland durch das Geschrei nach Reparationen und den franz. Ruhreinfall gestürzt wurde, stand Hitler auf. Poincaré war der Vater der NS., unser auswärtiges Amt ist die Geb. Stätte der deutschen Luftwaffe. Deutschland hatte völlig abgerüstet. Das sei eine Tatsache. In vielen Ländern drängt das Volk leidenschaftlich auf Abrüstung. Nichts geschah. Der alleinige Zweck der Abrüstungsdebatten war, Zeit zu gewinnen, und einen wirklichen Fortschritt in der Abrüstung zu verhindern.

25-38A-7

Wieder haben wir eine Gelegenheit verpasst. Die Beste, die es in jener Zeit gab, nämlich die Völker Europas von der niederdrückenden Bürde der Aufrüstung zu erlösen und die Mitarbeit Deutschlands bei der Festlegung gesetzlich zu bestimmender kollektiver Sicherheit, die Europa den wirklichen Frieden hätte bringen können, zu erlangen.

Vor dem deutschen Volk und aller Welt bot Hitler zu verschiedenen Malen in unzweideutigen, leidenschaftlichen Worten, die seinen hohen Idealismus verrieten, den Frieden an.

Hitler bot Frankreich seine Freundschaft an. Die französische Presse spie auf seine ausgestreckte Hand und Frankreich verdoppelte seine Aufrüstung. Hitler bot den Abschluss eines Westpaktes zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland an. Die Vorschläge wurden nicht angenommen.

Hitler bot an: Die Deutsche Armee auf 300 000 Mann zu beschränken, Frankreich übersah geflissentlich das Angebot. Das franz.-sowjetische Bündnis stellte nach Ansicht Hitlers eine Verletzung des Locarnoaktes dar und schuf eine neue Lage, die nun von Deutschland entsprechend berücksichtigt werden musste. Ich bin der Ansicht, dass Hitler Recht hatte. -

Unsere Staatsmänner, die franz. Staatsmänner, die franz. Presse waren mit Blindheit geschlagen, als sie diese Vorschläge, die ganz Europa einen neuen Untergrund für den Frieden geschaffen, ~~und~~ das drohende Gespenste eines herannahenden neuen Weltkrieges weggejagt hätten, nicht weiter verfolgten."

- e) M o m m s e n, eine internationale anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Geschichtsforschung, führt in seiner römischen Geschichte aus, dass aufgezwungene, drückende Verträge nur solange Geltung für ein Volk haben können, als es nicht die Kraft hat, sich ~~dem~~ zu erwehren. Eine moralische Bindung können sie nie darstellen.
- f) C h u r c h i l l am 7.9.1937: "Wenn unser Land geschlagen würde, könnte ich nur wünschen, wir möchten einen ebenso unbeugsamen Vorkämpfer finden, der uns

unsern Mut wiedergäbe und uns auf den Platz zurückführte, der uns unter den Nationen gebührt. (gemeint ist Hitler!)

Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen, dass Deutschland zur Aufrichtung der Wehrhoheit berechtigt war, nachdem das Versailler-Diktat durch die Signatormächte gebrochen und der Völkerbund nicht für einen Rüstungsausgleich eingetreten war.

Infolgedessen hatten die milit. Führer keinen Grund, gegen diese Massnahmen zu opponieren, im Gegenteil, sie haben sie genau wie das gesamte deutsche Volk als Befreiung von unberechtigten Fesseln lebhaft begrüßt. Wenn im übrigen das Ausland keinerlei Gegenmassnahmen traf, so ist dies ein Beweis dafür, dass die innere Berechtigung dieses Vorganges auch dort wenigstens von allen gerecht Denkenden anerkannt wurde.

4. Rheinlandbesetzung.

Die Rheinlandbesetzung war eine naturnotwendige Folge der Erstarkung des deutschen Reiches und der wieder eingeführten Wehrhoheit. Das Rheinland ist kerndeutsches Gebiet. Die Bestimmung hinsichtlich der Entmilitarisierung mussten von dem gesamten deutschen Volk als entwürdigend empfunden werden. Da nun mal das Versailler-Diktat von den Signatormächten gebrochen war, bestand es auch nicht mehr hinsichtlich der Verpflichtungen Deutschlands bezüglich des Rheinlandes. Kein Mensch in Deutschland - auch nicht die milit. Führer - hat an der Berechtigung zu diesem Schritt gezweifelt, im Gegenteil, es wurde überall spontan jubelnd begrüßt. -

Die Besetzung erfolgte schlagartig. Die daran beteiligten Führer und Truppen wurden ~~erst~~ in letzter Minute von dieser Massnahme unterrichtet, alle andern erfuhren davon erst durch Radio und Presse, als die Besetzung längst im Gange war.

Wenn von Seiten der milit. Führer warnende Stimmen dagegen erhoben wurden, dann geschah dies nicht, weil sie die Berechtigung zu diesem Schritt nicht aner-

kannten, sondern weil sie Bedenken hinsichtlich der möglichen milit. Auswirkungen von Seiten der übrigen Staaten hatten.

Hitler sagte am 16.3.1936 zu den Offizieren des Standortes Frankfurt am Main: "Wenn ich den Bedenken meiner Generale nachgegeben hätte, so ständen wir heute nicht hier."

II. Auffassung der milit. Führer über Zweck und Tempo der Aufrüstung:

- 25-33/1-9
1. Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Rüstungsausgleich - Aufrüstung ist ein irreführender Ausdruck - rein defensiven Charakter hatte. Angesichts einer massenstarrenden durch Bündnisse gegen Deutschland organisierten Welt, konnte Deutschland zu diesem Zeitpunkt niemals an eine Aggressionspolitik denken.

Hierfür einige Beweise:

- a) 1939 verfügten alle andern Militärmächte über volle 17 Reservejahrgänge, hatten 17 Jahre technische Entwicklung voraus und hatten einen Rüstungsvorsprung gegenüber Deutschland von 17 Jahren.
- b) Das Kaiserliche Heer bestand aus 25 Armeekorps das Deutsche Heer 1939 bestand aus 17 Armeekorps.
- c) Das 100 000 Mann-Heer, zwar vorzüglich ausgebildet und diszipliniert, aber ohne moderne Waffen und Ausrüstung, war der einzige Grundstock. Es konnte also nur den "Sauerteig" in dem neuen Heere bilden. Offensiven Wert hat eine durch ständige Vergrößerungen verwässerte und in ihrem inneren Gefüge keinesfalls schon gefestigte Wehrmacht überhaupt nicht.
- d) Die Notwendigkeit, eine grosse Zahl nach 1918 ausgeschiedener, meist veralteter Offiziere, wieder einzustellen, die inzwischen allen möglichen anderen Berufen angehört hatten, kann niemals ein Herr zu offensiven Zwecken befähigen.
- e) Das Fehlen von modernen Waffen und Ausrüstung (Panzer, moderner weittragender Art., moderner Nachrichtennittel, ausreichender Kraftfahrzeuge der gesamten Versorgungstruppen) ist ein weiterer eindeutiger Beweis

für den defensiven Charakter der Aufrüstung. Der überwiegende Teil der Kfz.-Ausstattung musste zu Beginn ~~zum~~ des Krieges aus der Wirtschaft herausgezogen werden. Die Versorgungstruppen sind erst kurz vor dem Polenkrieg durch Improvisation aufgestellt worden.

f) Obwohl die Möglichkeit bestand, dass der Polenkrieg in den Winter hinein dauern würde, hatte die Wehrmacht keine Winterbekleidung, sie wurde erst im Winter 1941/42 - also während des Russlandfeldzuges - durch eine grosszügige Volksspende beschafft und kam für diesen Winter zu spät. Kann man das als eine Vorbereitung einer Offensivpolitik bezeichnen?

g) Bei der Luftwaffe lagen die Dinge ähnlich. Flugplätze dürften bis Anfang Oktober 1939 aus Gründen der Verteidigungslinien des Heeres an der Oder nicht auf dem östlichen Oderufer angelegt werden.

Die Flughafenbereiche verfügten meist nur über pferdebespannte Kolonnen, mit denen selbst in einem Verteidigungskrieg die Versorgung in Frage gestellt war. Die Reichsautobahnen waren nach wirtschaftlichen und verkehrstechnischen, vielfach nach ästhetischen Gesichtspunkten gebaut. Die Strecken Berlin-Breslau und Dresden - Görlitz sind erst während des Krieges einbahnig fertiggestellt worden. Die Reichsautobahn Stettin nach Osten ist überhaupt nie vollendet worden. Im übrigen bedeuten sie Einflugweiser für feindliche Flugzeuge und konnten ihnen als Landeflächen dienen. Der Luftschutz der Zivilbevölkerung war keineswegs durchorganisiert. Bunker wurden oft noch während des Krieges gebaut.

h) Industrie

Der Bau der Reichsparteianlagen ging vor den milit. Anlagen und Rüstungsindustrie. Die Lage der gesamten Rüstungsindustrie, die nach Zahl und Art noch keineswegs alle Anforderungen entsprach, schloss einen Angriffskrieg von vornherein aus.

25-33/a-10

1) Landesbefestigungen:

Der sorgfältige Ausbau des Westwalles, der zu Beginn des Frankreichfeldzuges noch nicht fertig war, beweist den Defensivwillen.

Das Heilsberger-Dreieck in Ostpreussen, Die Sehnensstellung in Oder- Warthebogen und weitere Befestigungen im Odergebiet sind Defensivmassnahmen.

k) Die Kartenausstattung war völlig unzureichend.

Im Frankreichfeldzug wurden in Nordwest- und Südfrankreich nur vorgefundene Michelin-Karten benutzt. Im Russlandfeldzug waren vom Gebiet jenseits der ehem. russ-poln. Grenze nur veraltete Karten aus der Zarenzeit vorhanden., die durch Beutekarten in eigenen Druckverfahren der Truppe ergänzt wurden. In den vorhandenen Karten waren Bahnlinien, Strassen, Ortsnamen meist völlig falsch.

25-39/1-11

l) Herbst 1938 wurde ich Chef des Generalstabes des Gen. Kdos. Saarpfalz in Kaiserslautern, das neben dem Ausbau des Westwalles auch noch die Vorbereitungen für die

Verteidigung im Abschnitt Merzig-Rhein hatte. Für die 11 zur Verteidigung zum Einsatz kommenden Divisionen wurden Anweisungen für die reine Verteidigung bearbeitet. Die franz. Grenze durfte auch nicht von Aufklärung überschritten, Art. Feuer nicht auf franz. Boden gelegt werden. Als erster griff der Franzose an, drang tief in das ~~Saxf~~ deutsche Vorfeld ein, wo er aber fast überall wieder über die Grenze im Gegenangriff geworfen wurde. Die Divisionen wurden hauptsächlich in ~~der~~ ^{der} beweglichen Abwehrkampf~~führung~~ im Hauptkampffeld geschult.

m) Amerika befindet sich heute in einem ähnlichen Stadium wie Deutschland nach 1918, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass es den Krieg gewonnen hat,

Unangreifbare Grenzen besitzt, mächtige Hilfsquellen mit allen Möglichkeiten zu gewaltigem Weiterrüsten und Vorratswirtschaft hat und keiner Weltkoalition mächtiger Staaten gegenübersteht. Trotzdem fordert Gen. Marshall selbst für das so friedliebende Amerika die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht! Er beabsichtigt

damit wohl keine Aggressionspläne durchzuführen, sondern hält sie für die Erhaltung des Weltfriedens erforderlich. Er beweist damit die Richtigkeit des Grundsatzes: "Si vis pacem, para bellum."

Warum wird im Falle Deutschlands mit anderem Mass gemessen?

2.

Tempo der Aufrüstung:

Das Tempo der "Aufrüstung" war naturgemäss ein ausserordentlich schnelles, galt es doch im Interesse der Landesverteidigung, mit den ausserdeutschen Staaten in möglichst kurzer Zeit "gleichzusetzen."

Dieses Tempo brachte infolgedessen alle Mängel einer überhasteten Aufrüstung mit sich, nur durch Improvisation und durch Inkaufnahme grosser milit. Risiken war das Tempo zu halten, das von der Staatsführung gefordert wurde.

25-3911-12

Die Wehrmacht befand sich ständig in einem Stadium der Umorganisation und damit der Schwäche.

Alle Offiziere, bis herunter zum jüngsten Leutnant hatten gegen das Tempo die grössten Bedenken, da vielfach "gepfuscht" werden musste; die Massnahmen waren programmässig in Ordnung, waren aber keinesfalls so in Wirklichkeit so durchgeführt, dass sich nicht der zu solider Arbeit erzogene Offizier dagegen innerlich auflehnte. Es kann heute gesagt werden, dass in vielen Fällen mit "Bluff" gearbeitet wurde.

Dabei ist klar, dass z.B. die Kriegsindustrie keinesfalls das Tempo innehalten konnte, das war einfach der oft jahrelangen Anlaufzeit der Fertigung nicht möglich.

III.

Ausbildung der Führer und Truppe: (tatsächliche Kriegsbereitschaft:

1. Ausbildung:

Die Ausbildung von Führer und Truppe litt unter dem Tempo der Aufrüstung, der ständigen Umorganisation und Aufstellung neuer Verbände durch vielfache Spaltung der alten, unter dem Mangel an geeignetem Ausbildungspersonal (Offiziere und Unteroffiziere) dem Fehlen von

Lehrern, Übungsplätzen, Schießständen, Waffen und Ausrüstung aller Art, unter dem Zwang der Umschulung von einer Waffengattung zur andern (so mussten z.B. etwa 4000 Offiziere und Unteroffiziere vom Meer zur Luftwaffe abgegeben werden), der Einführung neuer und unbekannter Waffen, den Fehlen an ausreichenden oder modernen Vorschriften, Lehr- und Anschauungsmaterial und anderem mehr.

Wie die organisatorische, so wurde auch die ausbildungsmässige Ausrüstung improvisiert und aus der Not eine Tugend gemacht. Die gesamte theoretische Ausbildung des Offizierskorps spielte sich zur Hauptsache im Rahmen der aktiven Verteidigung und des hinhaltenden Widerstandes ab. Sicher sind niemals Kriegs- oder Planspiele auf ausserdeutschem Gebiet durchgeführt worden. Letzteres gilt auch bis 1939 für die Ausbildung des Gen.Stabes, auf der Kriegsakademie und auf den Gen.Stabs-Reisen. Seit Herbst 1921 gehörte ich dem Führerstab bzw. Gen.Stab an. In dieser Zeit löste ich bis Kriegsbeginn operative Aufgaben und auf Übungreisen Aufgaben ~~stark~~ nur auf deutschem Boden zur aktiven Verteidigung gegen tiefe Feindeinbrüche nach Deutschland hinein.

Die praktische Ausbildung in den Standorten, auf Übungsplätzen und in Manövern von Führer und Truppe trug den Stempel der Improvisation, unter oben bezeichneten Mängeln. Es wird nur an die "Taktik Papptanks" und die "Holzkanonen" erinnert. Das Zusammenwirken aller Waffen namentlich mit Panzern und Fliegern im Sinne einer modernen Kriegsführung konnte infolge Fehlens ausreichender Waffen dieser Art aus Zeitmangel, wegen Fehlens der erforderlichen Nachrichtennetze und nicht zuletzt wegen Fehlens jeglicher Erfahrung nur behelfsmässig geübt werden.

Zahlreiche Divisionen sind in den Krieg gezogen, ohne dass sie jemals mit Panzern zusammen geübt hatten, ja es gab Offiziere und Mannschaften zu Tausenden die vor Kriegsbeginn niemals einen Panzer gesehen hatten. Folgedessen entsprach der Ausbildungsstand von

ES-3311-13

Führern und Truppe keinesfalls den an eine moderne Wehrmacht zu stellende Anforderung.

- 2.) Die Kriegsbereitschaft entsprach den unter II. / 2. und 3.III./1 gesagten. Hieraus erklären sich neben andern Gründen die vielen warnenden Stimmen von Seiten der milit. Sachverständigen gegen eine Kriegspolitik. Es darf auch nicht vergessen werden, dass das gesamte Führerkorps infolge der jahrelangen, ungeheuren Anforderungen körperlich und geistig sehr stark in Anspruch genommen war.

Subscribed and sworn to before me this 3. day of July 1946.

25-3911-K

gez. Harry Emander
Cpt. A.C.

gez. Maximilian Fretter Pico
Gen.d.Art.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Dachau, 4. July 1946.

gez. Unterschrift.

*Es geht mir, dass von 1935 ab
mit der deutschen Kriegsakademie
Generalstabsoffiziere d. deutschen Heer
mit deutschen Frankreichs unter
einfluss. Amerikaner mit gebildet
werden. Das sind meine Maßnahme,
die deutschen Truppen später möglichst
neuen Angriffskrieg führen will od. soll.*

Anmerkung zur Denkschrift von Gen. Keller:
Aufgrund des Inhalts (S. 15 Z. 4 u. 6; S. 18
Z. 3f.) kann das Datum: 23. 11. 1944
nicht richtig sein. Offenbar Denkschrift
für Internationalen Militärgerichtshof.
1945 oder 1946?

25

25-3871-16

Auszug aus der Denkschrift des Chefs des Generalstabes
der Luftwaffe, General d.Fl. K o l l e r vom 23.11.1944.

1. Spruchhof fehlt Voraussetzung für "Rechtsverfahren", da er nicht Unparteilichkeit, politische Unabhängigkeit, Unbefangenheit der Richter infolge jahrelanger Propaganda sicherstellt. Die Richter sind nationalgeistig gebunden.
2. Wehrmachtsgeneralstab hat es nicht gegeben. Nur einen Wehrmachtsführungsstab. (Arbeitsstab für O.B. Wehrmacht) "Handbuch Genstb. Offz. im Kriege vom 1.8.1939": "der Führer trägt die Verantwortung, Generalstabsoffizier ist nur Berater und Helfer."

Bei Regierung und Staatsmännern der alliierten Nachprüfung, ob sie sich mit machtpolitisch, ideologisch (Religionskriegen früherer Zeiten entspr.) handels- und wirtschaftspol. zur Vernichtung des Gegners bestimmen liessen. (Vorbereitung durch Propaganda, wirtschaftlicher und politischer Druck, Ablehnung der Abrüstungsvorschläge, Rüstungen). "Vor dem Gericht der Weltgeschichte stehen die Staatsmänner der Siegerstaaten auch als Angeklagte").

Die These, dass der Wakka Bestand des deutschen Volkes schon vor dem Kriege bedroht gewesen sei, besteht besonders jetzt zu recht. Denn Abtrennung deutscher Siedlungsgebiete, Verschleppung und Ausweisung der Bewohner, Grausamkeiten, für verbliebenes Restdeutschland: Kontributionen und wirtschaftliche Drosselungsmaßnahmen, die jede Lebensmöglichkeit nehmen. Siegerstaaten lassen Millionen verhungern, Lebensstandard soll künstlich gedrückt werden. (gehalten wie Kolonialvölker z.B. in Indien).

Das Wort C l e m e n s e a u s : "20 Millionen Deutsche zu viel wird wahr gemacht. Kampf gilt nicht dem Nationalsozialismus, sondern dem deutschen Volk. Wort

H i t l e r s : "Es ist besser, dass die Deutschen bis zum letzten im Kampf fallen, als dass sie den Alliierten

25-3311-17
als Sklaven in die Hände fallen," besteht demnach zu recht. Man vergleiche Friedensbedingungen 1870/71 und 1918/19 (auch Waffenstillstand 1940 und Waffenstillstand (Kapitulation) 1945.) Das deutsche Volk wird immer schuldloser, gemessen an dem, was ihm angetan werden ist, vor allem auch nach der Kapitulation.

Verhältnis Soldat und Politik:

D. Verfassung d. deutschen Reiches und Tradition d. deutschen Wehrmacht verboten, jedem Soldaten bis zum höchsten Offizier, sowohl die politische Betätigung als auch jede politische Einflussnahme auf die Führung des Reiches. Diese Tradition hat Deutschland mit vielen europäischen Ländern gemeinsam. Nun wird sozusagen Dienstverweigerung gefordert!

Warum aber haben d. alliierten Reg. d. deutschen Reg. nicht Anerkennung versagt, sondern z.T. freundschaftliche Beziehungen unterhalten? Der Nationalsozialismus war legal an Macht gekommen und überall anerkannt, nachdem Demokratie mit Wirtschaftsverfall und 9 Millionen Arbeitslose abgewirtschaftet hatte. D. Alliierten hatten durch Vers. Vertrag d. Weimarer Republik aber auch nicht die geringste Chance für einen Erfolg gegeben. Da entschied das Volk zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus.

Aufgabe einer jeden Wehrmacht ist es, Bestand und Lebensmöglichkeit ihrer Nation nach aussen zu sichern. Nur dieser Aufgabe diene die Wehrmacht.

Über Krieg und Frieden entscheidet die politische Führung. Angriffskrieg war gar nicht möglich. Jeder Soldat kannte 1939 die eigene rüstungsmässige Unzulänglichkeit und militärische Schwäche. Politische Massnahmen der Reichsführung waren die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufbau der Luftwaffe, Austritt aus dem Völkerbund und Abrüstungskonferenz - weil die Siegnationen des 1. Weltkrieges nie ihre Abrüstungsversprechen einhielten, deutsche Abrüstungsvorschläge ablehnten. Deutschland schlug zahlenmässige Begrenzung des stehenden Heeres, Begrenzung der evtl. Kaliber, Verzicht auf Bombenflugzeuge vor, Flottenabkommen mit

England. Keinerlei Sofortmassnahmen unter Druck, um Munitionsbestände zu vergrössern, um Reserven und gut ausgebildetes und ausreichendes Offizierskorps zu schaffen. Jugendführung hatte wirkliche militärische zu wertende Ausbildung abgelehnt. Ausbau Eisenbahnnetz entsprach nicht Luftbedrohung, 4.000 Lok. und 100 000 Güterwagen waren zu wenig. 1938 verneinte General G e r i k e die mob. Bereitschaft der Eisenbahn. Keine Rohstoffreserven, Ausbau der Reichsautobahnen nicht nach strategischen sondern wirtschaftlichen und ästhetischen Gründen. Sie waren Einflugweiser für den Feind. Viel zu wenig LKW, Heeres-sanitäts-Inspektion lehnte 1939 Hilfsorganisation bei Kriegführung in Malarialändern ab, da dort Kriegführung nicht in Frage käme. 1937 sollte mit England Luftpakt ähnlich wie 1935 Flottenabkommen abgeschlossen werden. England war plötzlich uninteressiert.

25-7311-18
General C h r i s t i a n, Generalstabsoffizier bei Generaloberst J e s c h o n e k, sagt aus, dass der Führer J e s c h o n e k am Tage des Kriegsausbruchs mit Polen sagte: er bedauere den Krieg mit Polen, doch habe er die Gewissheit, dass die Westmächte nicht angegriffen werden. Eine kriegerische Verwicklung mit den Westmächten könne er vor dem deutschen Volk nicht verantworten. Westwallausbau war noch nicht fertig. Denkschrift

General der Artl. B e e k gelegentlich in Bereinigung der tschechischen Krise - endete mit Rücktritt.

Russland hat 1940 Finnland und Polen angegriffen.

Verletzung des Versailler Vertrages kommt nicht in Frage, da:

- a) durch Münchener Abkommen alle politisch-militärischen Massnahmen Deutschlands gebilligt und anerkannt worden waren, und
- b) England ein deutsch - englisches Flottenabkommen unterschrieben hatte.

Bezüglich der Behandlung der Kriegsgefangenen hat Intern. Rotes Kreuz Genf mündlich in London der Regierung gesagt, dass Deutschland sich in der Gefangenenbehandlung grösste Mühe gäbe, trotz aller Schwierigkeiten.

Bezüglich Gräueltaten der Alliierten wird auf die Denkschrift K o l l e r S. 56 verwiesen.

Fürliche alliierte Truppen haben deutschen Menschen ihr Gut wiedergegeben, was ihnen von weissen Truppen plündernd abgenommen war, sie nahmen auch deutsche Soldaten in Schutz.

Die Weltgeschichte wird mal urteilen, wer die meisten Städte und Kulturgüter vernichtet hat. Sowjetunion hat das meiste selbst zerstört. Holland, Belgien, Frankreich durch Feldzug 1940 kaum zerstört. Alle Kathedralen sind geschont. Alle grossen Zerstörungen machten amerikanische und englische Luftstreitkräfte. Warschau und Rotterdam wurden erst nach wiederholter Aufforderung zur Kapitulation im Angriff durch die Luftwaffe zerstört. Dagegen zerstörten die alliierten Luftstreitkräfte Arbeiterwohnungen, Städte (z.B. Dresden 300 000 Tote), Bauernbeschluss, Eisenbahnen, Omnibusse. Vergleich: Brand einer Feldscheune gegen Erdbeben in San Francisco. Als die vernichtenden Schläge der feindlichen Luftwaffe gegen die deutschen Menschen kamen, war die Entscheidung längst gefallen. Deutschland hatte auf der Abrüstungskonferenz in Genf mal vorgeschlagen: Totales Verbot der Unterhaltung jeglicher Luftstreitkräfte und Abwerfen von Kampfmitteln jeder Art aus Flugzeugen. Englische Delegation brachte Vorschlag zu Fall. Baldwin sagte im Unterhaus: "Die einzige Verteidigung ist der Angriff." das heisst also, man muss mehr Frauen und Kinder töten als der Feind, wenn man sich selbst schützen will."

Friedensplan der deutschen Reichsregierung vom 31.3.1936: Verbot des Abwerfens Gas-, Gift- und Brandbomben. Verbot Abwurf Bomben jeglicher Art auf offene Ortschaften, die sich ausserhalb der mittleren und schweren Artillerie der Front befinden. England hat beworfen: 1939 Wilhelmshaven und Cuxhaven.

Stellungnahme der englischen Rechtsanwaltskammer zum Nürnberger-Prozess: (S. Times vom 2.11.1945 S. 5, Spalte 7 u. vom 5.11.1945 S. 5, Spalte 6.), Definition des Kriegsverbrechens. "Die Argumente von Prof. Smith in Lüneburg, s. Times vom 8.11.1945 Seite 3: "Ganz gleich, ob es uns im Augenblick passt oder nicht passt, ob es der öffentlichen Meinung im Augenblick gefällt oder nicht gefällt, ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass Jeder, der vor ein britisches Gericht kommt, nur verurteilt wird, wenn d. Anklagevertreter über allen Zweifel beweist, dass er z.Zt. der Begehung der Tat nach den Buchstaben des Gesetzes schuldig war. Wenn ich den Gerichtshof überzeugen kann, diesen Elementargrundsatz zuzustimmen, so bin ich des festen Glaubens, dass dieses Urteil in die Geschichte eingehen wird als eines der grossen Urteile, die von Zeit zu Zeit der Schmuck unserer Rechtsgeschichte gewesen sind."

1940 falls im Frankreich - Feldzug die
 deutsche Luftwaffe französische Luftkraft zurück-
 fluchtenden Bevölkerung nicht zu bekämpfen,
 falls man sie mit französischen Luftkräften
 aus dem Himmel des Falls war.
 Luftwaffe in Ostpreußen dürfen nicht be-
 stehen, sondern, ob sie das französische
 Luftwaffe sein.

Es liegen nicht öffentliche Behauptungen von dem
 Generalmajor v. Fl. Kammhuber, Kaiser in Flo-
 renz vor, dass Fliegerwaffe der deutschen Luftwaffe
nicht vorhanden haben - freigegeben unter Kriegs-
 spezifischen Umständen.

25-331-21

NS

Wehrmacht u. Kirche

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

W e h r m a c h t u n d K i r c h e . ✓

Institut für Geschichte
689/52

Bevor der Versuch unternommen wird, in das apokalyptische Ende hineinzuleuchten, mag noch einmal ein kurzes Streiflicht auf die helleren Zeiten des Anfangs geworfen werden. Es soll dargelegt werden, wie der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von F r i t s e h, sich mit Erfolg anschickte, der bedrängten christlichen Kirche zu Hilfe zu kommen und wie er unmittelbar vor seinem Sturz am 4.2. 938 nicht allzuweit davorstand, zu einem Erneuerer der Kirche zu werden.

Als der Diktator die Macht im Staate organisierte, tat er dies nach seinem grundsätzlichen Führungsprinzip: dem Prinzip der Rivalität und der konkurrierenden Kräfte. SA und SS, Staat und Bewegung, Partei und Wehrmacht. In das Prinzip der Rivalität wollte der Diktator auch die Kirche spannen: Katholische Kirche und evangelische Kirche. Die katholische Kirche war da. Ein Konkordat mit dem Vatikan wurde geschlossen. (8.7.1933) Auf evangelischer Seite aber standen 3 Konfessionen und 26 souveräne Landeskirchen ohne gemeinsame Spitze. Das Prinzip der Rivalität verlangt notwendigerweise eine einheitlich geführte evangelische Kirche. Da eine solche nicht da war, musste sie geschaffen werden. Der Diktator ernannte einen evangelischen Reichsbischof, der das Werk der organisatorischen Einigung durchführen sollte. Er vergriff sich - wie üblich - gründlich in der Wahl der Persönlichkeit. Binnen kurzem war der Einigungsversuch nicht nur gescheitert, sondern darüber hinaus ein Trümmerhaufen geschaffen. Es gab jetzt nicht nur 3 Konfessionen und 26 Landeskirchen, sondern auch noch „Bekenntnischristen“ und „Deutsche Christen“, die sich mit erbitterter Feindschaft gegenüberstanden. Auf die sich im Innersten erschütterten und sich selbst zerfleischenden evangelischen Splitterkirchen aber drang mit immer stärker werdender Wucht die wachsende „Gottgläubigkeit“ der biologischen Häresie ein. Während in diesen Zeiten der Diktator selbst aus seinem Rivalitätsprinzip heraus wohl noch eine starke evangelische Kirche wünschte, schienen die Kreise um

Himmeler, Hess, Bormann, d.h. die im Entstehen begriffene biologische Häresie, zu erbittertem Kampf gegen den christlichen Glauben als solchen entschlossen zu sein. Eine tödliche Krise für die Kirche begann sich abzuzeichnen.

Generaloberst von Fritsch hatte mit zunehmender Sorge die Entwicklung der Dinge verfolgt. Diese Entwicklung ging die Wehrmacht unmittelbar an. Seit jeher hatten die Fürsten in Deutschland und die militärischen Oberen es für ihre Pflicht gehalten, dem Soldaten, den sie in die Schlacht und in den Tod schickten, den Trost und Halt der Religion unmittelbar und bis auf das Schlachtfeld selbst zugänglich zu machen. Dem militärischen Seelsorger war dementsprechend im Deutschen Heere immer eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt worden. Manches hatte sich - dem Ablauf der Zeiten folgend - geändert. Im kaiserlichen Deutschland war der Gottesdienst des Soldaten noch Dienst gewesen, wie jeder andere Dienst auch, von dem sich keiner ausschliessen konnte. In der Wehrmacht der Weimarer Republik war die Beteiligung am Kirchengang und an den Kasernenstunden eine freiwillige geworden. Das Offizierskorps der Reichswehr - das sich zu mehr als 95 Prozent zu einer der beiden Konfessionen bekannte - hielt es für seine Pflicht, durch sein eigenes Verhalten der Kirche gegenüber seinen Soldaten ein Beispiel zu geben. Und so wurde es "von oben" gewünscht. Es gab kein Kirchenproblem in der Wehrmacht. Dies wurde gründlich anders im 3. Reich. Die Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht kamen aus der Partei, der SA und SS und der Hitler-Jugend. Sie brachten die ihnen dort anezogene Ideologie mit in die Wehrmacht. Diese Ideologie stand aber zumeist in schroffem Gegensatz auch zu der seelsorgerischen Tätigkeit der beamteten Wehrmachtgeistlichen. Es gab plötzlich auf der ganzen Linie Dispute, Reibungen und Zwischenfälle. Eine Reihe von höheren Truppenkommandeuren wurde beim Oberkommando des Heeres vorstellig. Der Befehlshaber im Wehrkreis I, General von Brauchitsch, nahm in einer umfangreichen Denkschrift zur Kirchenfrage

Stellung. Der Befehlshaber im Wehrkreis VI, General von Kluge, und der Befehlshaber im Wehrkreis XII, General von Kress, reichten eingehende und dringliche Berichte ein. Wenn nicht die Einheit und die Ordnung in der Wehrmacht ernstlich gefährdet werden sollte, so musste gehandelt werden.

General von Fritsch war entschlossen zu handeln. Er sah dabei aber wesentlich weiter, als die Interessen der Wehrmacht selbst dieses geboten. Er sah weit über die Grenzen seines eigenen Bereichs, des Heeres, hinaus. General von Fritsch war nur ein kirchlicher Laie. Aber er hatte sich seit langem seine eigenen Gedanken gemacht über die Lage der christlichen Kirche. So stand er auf dem Standpunkt, dass dem Streit in der evangelischen Kirche ein Ende gemacht werden müsse, wenn die Kirche nicht zu Grunde gehen sollte. Er war des Ferneren der Meinung, dass darüber hinaus auch die beiden grossen christlichen Konfessionen Deutschlands, die katholische und die evangelische, sich jetzt - nach so langer Trennung - wieder enger zusammenfinden sollten. Denn ihm schien - der anbrandenden Sturmflut des Materialismus gegenüber - das Gemeinsame im Glaubensbesitz der beiden Konfessionen so unendlich gross zu sein, dass alles Trennende demgegenüber nur leicht wog.

Der Gedankenflug des Generals von Fritsch war ein weit ausgreifender. Es waren die Zeiten, in denen sein Reich, das Reich der Wehrmacht, die Insel der Freiheit im Staate des Zwangs war. In denen es nicht utopisch war, zu glauben, dass von dieser Insel her Entscheidendes in Deutschland bewirkt werden könne. Dies galt insbesondere auch für das Kirchenproblem. Wenn in diesem hoffnungslosen Stadium des evangelischen Kirchenkampfes der Kirche überhaupt noch geholfen werden konnte, so schien eine solche Hilfe nur noch möglich zu sein aus dem Bereich der Wehrmacht heraus. Denn hinter dieser stand damals noch der Wille des Diktators. Dieser aber würde sich aus seinem Rivalitätsprinzip heraus einen neuen Versuch, die äusserer Organisation der Kirche zu verbessern, nicht versagen.

nachdem er selbst auf diesem Wege mit seinem Reichsbischof gescheitert war.

General von F r i t s c h begann methodisch zu Werke zu gehen. Er sah sich um. Er fand, dass er in seinem Herrschaftsbereich zwei geistliche Würdenträger besass, den katholischen Feldbischof und den evangelischen Feldbischof. Hier schien ihm der Ansatzpunkt gegeben zu sein. Die beiden Feldbischöfe hatten in Ausübung der allgemeinen Dienstpflicht Kirchengemeinden hinter sich bekommen deren Mitgliederzahl weitaus grösser war, als die vieler Bischofsdiözesen und Landeskirchen in Deutschland.

Die Feldbischöfe hatten aber im Rat der geistlichen Würdenträger Deutschlands weder Sitz noch Stimme. Dieses bei den Feldbischöfen zu verschaffen, war die erste Aufgabe, die gelöst werden musste. Nur so war es möglich, der Wehrmacht Kirchengemeinde diejenige rechtliche und moralische Stellung zu geben, die als Grundlage und Plattform für alles weitere unbedingt erforderlich war. General von F r i t s c h beauftragte den Chef des allgemeinen Heeresamtes, General F r o m m, mit der Durchführung des Beabsichtigten. General F r o m m und seine Mitarbeiter die ~~Gen~~ Generale H e i n r i c h und L u z und der Ministerialrat Dr. S e n f t l e b e n setzten sich mit ausserordentlichem Nachdruck und mit grosser Zähigkeit für diese grosse, aber keineswegs leicht zu lösende Aufgabe ein. Sie erzielten schliesslich einen vollen Erfolg.

Auf der katholischen Seite war es das Ziel, den katholischen Feldbischof zu einem vollberechtigten Bischof im deutschen Episkopat zu machen. Hierzu bedurfte es der Entscheidung des päpstlichen Stuhls. Bei den langwierigen Verhandlungen mit dem Vatikan wurde das Oberkommando des Heeres nachdrücklich unterstützt durch den apostolischen Nuntius in Berlin, Usc O r s e n i g o. Die sich ergebenden Schwierigkeiten lagen nicht im sachlichen, sondern in der Personenfrage. Sowohl das deutsche Episkopat, als auch der Stellvertreter des Führers, H e s s, der bei allen Beamtenernennungen beteiligt werden musste, erhoben ihre

33

Stimmen. Die Verhandlungen gingen lange hin und her, bis es endlich am Vorabend der goldenen Priesterweihe des Feldbischofs R a k o w s k i dem Nuntius gelang, durch ein Ferngespräch mit Rom das Einverständnis des päpstlichen Stuhles zur Inthronisierung des Feldbischofs zu erreichen. In Anwesenheit der höchsten katholischen Würdenträger und zahlreicher Generale konnte am Tage darauf von der Kanzel der katholischen Garnisonkirche in Berlin das päpstliche Dekret über die vorzunehmende Inthronisierung des Feldbischofs der Wehrmacht zum Titularbischof von Caesarea verkündet werden. Hiermit hatte das Oberkommando des Heeres das eine seiner Ziele erreicht, An der Spitze der katholischen Wehrmachtskirche stand ein erprobter, den übrigen Bischöfen des Reiches gleichgestellter Kämpfer für den christkatholischen Glauben seiner Soldaten.

25-331A-26

Während auf der katholischen Seite das Oberkommando des Heeres nur mit einem einzigen Partner zu verhandeln hatte, der römisch - katholischen Kirche, lagen die Dinge auf der evangelischen Seite unendlich viel schwieriger. Es gab - wie schon gesagt - 26 souveräne Landeskirchen, 3 Konfessionen, deutsche Christen, bekennende Christen, ein weltliches Kirchenministerium, einen kaltgestellten Reichsbischof und einen schwer enttäuschten Diktator. Was war hier zu tun?

General von F r i t s c h und seine Mitarbeiter beschritten einen ganz eigenartigen und überraschenden Weg. Sie planten nicht mehr und nicht weniger als dies: Zu den schon vorhandenen 26 Landeskirchen noch eine 27 igste hinzuzufügen und eine eigene neue Kirche zu gründen: Die Wehrmachtskirche unter der Obhut des evangelischen Feldbischofs. Sie griffen hierbei auf eine alte Tradition zurück. Der grosse Kurfürst hatte seinen Soldaten eine eigene selbständige Kirchenverfassung gegeben. Diese war im Jahre 1806 mit der preussischen Armee zu Grunde gegangen und war seitdem nicht mehr erneuert worden.

General von F r i t s c h , der sich als Rechtsnachfolger der alten preussischen Armee fühlte, beschloss, diese Tradition wieder aufleben zu lassen. Die wiedererstehende Wehrmachtikirche sollte nach seinem Willen die unangreifbare Zitadelle der evangelischen Christenheit werden, die - wie die Wehrmacht selbst - jedem Zugriff der Partei und der neuen Gottgläubigkeit entzogen war. Es ergab sich bei vorsichtiger Fühlungnahme, dass dem Gedanken einer eigenen Wehrmachtikirche keine unüberwindlichen Schwierigkeiten im Wege standen. Die Oberbefehlshaber der Luftwaffe und der Marine waren einverstanden. Darüber hinaus standen auch Führer mächtiger Parteiorganisationen, der Stabschef der SA L u t z e und der Führer des Arbeitsdienstes H i e r l diesem Gedanken keineswegs ablehnend gegenüber.

25-2511-27
→
Nach Klärung aller dieser Vorfragen trug der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, General von B l o m b e r g , dem Staatsoberhaupt entsprechend vor. Der Diktator erteilte am 16.12.1937 sein uneingeschränktes Einverständnis. Die evangelische Wehrmachtikirche war hiermit im Grundsatz da. Sie konnte nun gleichberechtigt neben die 26 anderen Landeskirchen treten. Der evangelische Feldbischof aber musste einer der Mächtigsten unter den evangelischen Landesbischöfen werden. Somit war eine feste Grundlage und ein sicherer Ausgangspunkt geschaffen worden.

General von F r i t s c h dachte währenddem bereits an weiteres. Die Einigung der evangelischen Kirche war sein Ziel. Die freie und selbständige vom Diktator begünstigte Wehrmachtikirche sollte das Rückgrat des Neuen bilden. Er beabsichtigte, einen einzuberufenden evangelischen Kirchenkonzil anzubieten, im Herrschaftsbereich der Wehrmacht zu tagen, der Insel der Freiheit im Staate des Zwangs. Ein General sollte den Vorsitz führen. Wie einst General von S e h l e i e h e r im Politischen, so hoffte General von F r i t s c h im Kirchlichen, dass die sachliche, leidenschaftslose, nüchterne und klare

Atmosphäre des Soldatischen vielleicht einiges zu dem beitragen könne, was die überwältigende Mehrzahl aller deutschen Christen von ganzen Herzen ersehnten Einigkeit, Verträglichkeit und Frieden!

Alle beteiligten Generale waren sich der Tragweite der ihnen vom Oberbefehlshaber des Heeres übertragenen Aufgabe voll und bewusst. Immer wies General F r o m m den Feldbischof A o r m a n n auf die geschichtliche Bedeutung seiner Mission hin, die ihm Möglichkeiten eröffnete, wie sie seit Luthers Tagen kaum einem anderen gegeben worden waren.

Der Sturz des Generals von F r i t s e n und die Katastrophe vom 4.2.1938 zerbrach mit vielem Anderen auch dieses gewaltige Vorhaben. Es war der Versuch der Generale, das kirchliche Leben in Deutschland, in der Stunde seiner tiefsten Bedrängnis, zu retten und zu erneuern.

25-3811-23

Brief v. 30.9.51

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-3511-30

M. FRETTER PICO

General d. Art. a. D.

(17a) Sandhausen b. Heidelberg

Friedrich-Ebert-Str. 12

30. IX. 1951.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

689/52

Dt. Institut z. Erf. d. Nat.-Soz.

Eingeg. am 12. Okt. 1951

Tgb. Nr.

997

Ani.

Joc

Akt

Lieber Foertsch!

Bei der Arbeit an Ihrem Bericht sehe ich gerade in ersten Schrei-
ben, das ich vom Generalsekretär Ihres Instituts Dr. Mau bekam, vermerkt,
dass Sie demnächst eine Schrift über die Fritschkrise veröffentlichen wol-
len. Vielleicht kann ich Ihnen hierzu aus eigenem Erleben noch einige
wertvolle Mitteilungen machen.

Um die Wende des Jahres 1937/38 überbrachte mir der damalige Ma-
jor Balck, jetzt General d. Pztr. a. D., schriftliches ausserordentlich inter-
essantes und wichtiges Material über illegale Tätigkeit und Ziele der SS,
das ihm streng vertraulich vom Generalstaatsanwalt Jung beim Kammergericht,
der mit Balck befreundet war, übergeben worden war. Es handelte sich um für
die Wehrmacht ausserordentlich wertvolles und willkommenes Material, das
ich sofort an den Ob. d. H. weiterleitete.

Anfang Januar 1938 besuchte mich auf dem Büro in der 3. Abt. des Ge-
neralstabes, wo ich damals Leiter Ost war, der mir gut bekannte Attaché Al-
brecht von Kessel und teilte mir mit, dass er aus einwandfreier Quelle wüs-
ste, dass Himmler Reichswehrminister werden wolle und Fritsch aus seiner
Stellung als Ob. d. H. als unerwünscht entfernt werden sollte. JZH sagte Herrn
von Kessel, ob er die Richtigkeit einer solchen Nachricht geprüft habe, da
er sich darüber im Klaren sein müsse, dass der Ob. d. H. von mir sofort infor-
miert würde. Darauf sagte Herr von Kessel "deswegen komme ich ja." Er bat le-
diglich aus begreiflichen Gründen, dass sein Name nicht genannt würde.
Sofort leitete ich diese Nachricht dem Chefadjutanten des Ob. d. H. Oberst
i. G. Siewert zu. Am nächsten Morgen wurde ich zum Generaloberst befohlen,

00027

wo sich noch der Chef des Generalstabes, General Beck, Oberst i.G. Hoßbach und der Oberst i.G. Siewert befanden. Nach nochmaliger Wiederholung der Mitteilung des Attachés von Kessel wurde ich gefragt, von wem ich die Nachricht hätte. Ich hielt mich zur Bewertung der Glaubwürdigkeit nun für verpflichtet, den Namen des Herrn von Kessel zu nennen, bat dabei in seinem Namen, dass gegen niemand von ihm als Quelle Gebrauch gemacht würde, was mir auch zugesichert und selbstverständlich gehalten wurde. Meine Aussagen mußte ich dann schriftlich zu Protokoll geben.

Im übrigen hat mir Geyr offiziell nun seine schriftliche Widerrufung mitgeteilt, womit nun auch formell die Angelegenheit erledigt ist.

Meinen Bericht werde ich Ihnen in der ersten Hälfte des Oktober übersenden. Das von mir in diesem Schreiben Mitgeteilte nehme ich dann nicht mehr auf.

Mit den besten Grüßen bin ich
Ihr

M. Hindenburg

Institut für Zeitgeschichtliches Archiv

22-3512-34

NS

Wehrmacht u. Partei

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-311-32

M. FRETTER PICO

General d. Artl. u. D.

(17a) Sandhausen b. Heidelberg

Friedrich-Ebert-Str. 12

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
689/52

7.

Dt. Institut z. Erf. d. Nat.-Soz.	
Eingeg. am 10. Okt. 1951	
Tgb. Nr. 997	Art.
For	121

Lieber Foerster

M. Ich würde Ihnen dank für Ihren Brief vom 2.8. Ich mir leid, daß ich nicht jetzt mit dem Feuilleton kommen, daß diese Mitteilungen zum für Ihre Arbeit für die von Platz sein können.

Überhaupt würde ich Ihnen die in Anbetracht gefallene Druckpflicht, die sehr lieblich von für wertvoll sein und würde. Ich sehr meine glücklichen gedanklichen mit meinen freundschaftlichen

00029

und Forderungen des Kaiserthums in. Ger.
fälligkeit in demselben Zeit.

Wissen Sie, was Braudenberg
für ein Generalmajor ist? D. d. d. d.
König ist der Kaiser. Ich ist der Kaiser
von Katschi ist? Was ist in dem König-
tum Fügen und Fügen auf Fügen.

Über die Braudenberg
zu ist Verb. Deutscher. Soll. kann man nicht den
König pfücken. Was wird sein?

Spezial für diese Person Fügen ist
ist und mit Kaiserthum, das die hohe Königin
wollen, was ist.

Mit herzlichem Gruß

H. M. Brückner

Denkschrift Verhältnis Wehrmacht und Partei !

Nach der Machtübernahme 1933 wurde das Verhältnis zwischen Wehrmacht, SA und den Parteidienststellen ausgesprochen gespannt. Ich war damals bis Oktober 1933 territorialer Generalstabsoffizier bei der 1. Kav. Division in Frankfurt/Oder, ab Oktober 33 Ia der Kommandantur Frankfurt/Oder und bis Herbst 35 1. Generalstabsoffizier der 3. Division ebenfalls Frankfurt/Oder. Die SA unter dem Obergruppenführer Siegfried Kasche, ehemaliger Kadett u. Fähnrich, und dem Stabschef Major a. D. v. Lehmann, einst Offizier im Leibgrenadier Rgt. 8. Frankfurt/Oder, hatte sich militärisch durchorganisiert und beherrschte stärker als die Parteidienststellen den ganzen Regierungsbezirk als "SA Gruppe Ostmark" Oberpräsident von Brandenburg war damals Kube. Die ersten Schwierigkeiten mit der SA entstanden als sie nun forderte, mit ihren geschlossenen Formationen in den Grenzschutz eingegliedert zu werden. Alle Führerstellen im Grenzschutz und Landesschutz (rückwärtiges nicht an der Grenze liegendes Gebiet, wo nur theoretische Ausbildung stattfand) beanspruchte sie. Auch mit dem Stahlhelm gab es von Seiten der SA zunächst Schwierigkeiten. Es war für den Territorialbefehlshaber nicht ganz einfach sich durchzusetzen, da die SA trotz Zusagen aller Art, machte, was sie wollte. Laufend kamen Klagen, dass sie in die Grenzschutzarbeit und das Ersatzgeschäft selbstständig eingegriffen habe und den Aufbau störe. Sie wollte letzten Endes der Träger des Grenzschutzes sein. Immer wieder wurde ihr klargemacht, dass ihre Angehörigen im Rahmen des militärischen Grenzschutzes willkommen seien, dass sie aber auf allen militärischen Gebieten nur ein Mittel zum Zweck und hierfür Mitarbeiter wären. Auf Weisungen des RWM wurde der SA insofern entgegengekommen, dass ihr zugesagt wurde, sie würde nach Möglichkeit in geschlossenen Verbänden in den Grenzschutz übernommen, doch nicht unter ihren Führern, die erst den Nachweis erbringen müssten, dass sie Gruppen, Züge und Kompagnien führen könnten. Als der Stahlhelm sehr gegen seinen Willen in die SA übernommen wurde, gab es erneut Schwierigkeiten. In den Grenzgebieten gab es sehr viele ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, die schon jahrelang sich an der Grenzschutzausbildung beteiligt hatten und dementsprechend etwas konnten. Diesen wollte sich die SA im Grenzschutz zunächst nicht unter-

stellen. Doch wurde es erzwungen mit dem Hinweis, dass die SA Führer erst ausgebildet werden müssten. Es wurde der SA empfohlen, ihre besten Führer in die im Grenzschutz und Landesschutz ständig laufenden Kompagnie und Zugführerlehrgänge sowie Unterführer- und Unterführerlehrgänge zu entsenden, damit sie nach Prüfung dann zu Führern oder Unterführern ernannt werden könnten. Es wurden sogar Sonderlehrgänge für die SA eingerichtet. Das Ergebnis war eine Katastrophe! Kaum ein Drittel der an Lehrgängen teilnehmenden SA Führer konnte in den Grenzschutz als Führer aufgenommen oder in den Karteien des Landesschutzes als Führer aufgenommen werden. Der Chef der SA Gruppe Ostmark, v. Lehmann, sagte mir damals: "Ihr habt schlechten Willen gezeigt, ihr wollt einfach nicht!" Ich habe mir das energisch verboten und gefordert, dass die SA Gruppe Ostmark feststellen möge, ob, wie verabredet, auch das beste Führermaterial geschickt worden wäre. Nach dem, was ich gesehen hätte, könnte ich das kaum glauben. Bei späteren Lehrgängen wurde die Auswahl allmählich besser, so dass dann tatsächlich nach bestandener Prüfung auch etliche SA Führer Führer und Unterführerstellen zur Zufriedenheit einnehmen konnten. Dabei war die erstaunliche Feststellung zu machen, dass diese SA Führer und Unterführer, sobald sie ihre Bestallung von der militärischen Dienststelle hatten, keine Schwierigkeiten mehr machten, ja sie sich zum Soldaten hingezogen fühlten. Und das war gerade das, was die SA Führung am meisten fürchtete, nämlich dass ihre eigenen Leute sehr bald die Feststellung machen würden, dass die SA Führer meist nichts anderes konnten - als befehlen. Besonders unbotmäßig war der Bruder des Obergruppenführers Kasche, der als Brigadeführer im Oder-Warthe Bogen sein Unwesen trieb. Er sabotierte dauernd die Grenzschutzarbeit. So hob er unter Zwang und Bedrohung Leute zur SA aus, hielt selbstständig Übungen ab, betrieb Waffenausbildung und schickte trotz aller Abmachungen seine Leute nicht zur Grenzschutzausbildung. Selbst sein eigener Bruder der Obergruppenführer konnte sich anscheinend gegen ihn nicht durchsetzen. Erst ganz allmählich wurde er gefügiger. Eine

Ähnliche Figur war ein SA Brigadeführer in Landsberg, soweit ich mich erinnere, hieß er Hildebrand. Der ging soweit, dass er in einer Art eigenmächtiger Gerichtsbarkeit über eine Art Standgericht von ihm festgenommenen Persönlichkeiten aburteilte. Er soll sogar Todesurteile verhängt u. vollstreckt haben, wofür er nach dem Röhmputsch eingesperrt wurde. Ich kann nur feststellen, dass die SA bis zum Röhmputsch zunehmenden Terror trieb, dem selbst der Obergruppenführer Kasche keinen Einhalt gebieten konnte trotz aller Zusagen, die er immer machte. Vielleicht wollte er auch nicht, denn ich hatte oft berechtigten Zweifel ^{an} seiner Ehrlichkeit uns Soldaten gegenüber.

Große Schwierigkeit machte auch die Erfassung der illegalen Waffen bei der SA. Dem milit. Territorialbefehlshaber war es in mühevoller Arbeit gelungen, allmählich alle privaten Waffenlager, die es in großer Zahl gab, zu erfassen, zu registrieren und dann in Grenzschutzwaffendepots in Lagerung und Pflege zu nehmen. Bei der SA, die die Waffen in eigener Verwaltung behalten wollte, kam die ^{Erfas} Erfassungsbearbeitung nur langsam vorwärts. Doch wurde wenigstens erreicht, dass ihre Waffenlager militärisch aufgenommen wurden, ihre Verwaltung jedoch in den Händen der SA verblieb allerdings unter Aufsicht und Kontrolle des Territorialbefehlshabers.

Der SA war es auch nicht gestattet, militärische Übungen abzuhalten, also all' das, was über den Rahmen des sogenannten Wehrsports hinausging. Trotzdem hielt sie unter Leitung Kasches und im Beisein des Obergruppenführers Heines große über Tage und Nächte sich hinziehende "Wehrsportübungen" ab, an denen ich als Beobachter teilnahm und Bericht erstattete. Es handelte sich hierbei tatsächlich um nichts anderes als eine Art Manöver mit grauenhaften dilettantischen Gefechtsbildern (Entfaltung, Entwicklung und Bereistellung zum Angriff, Verteidigung), umständliche, sinnlose Marschbewegungen, bei völligem Versagen des Verpflegungs- und sonstigen Nachschubs. Männer über 50 Jahre waren dabei. Alles war ausgepumpt und die Hergabe der letzten Kräfte gefordert. Mir taten die Männer leid und wunderte ich mich nur immer, dass sie sich diese sinn- und zwecklose Schin-

derer gefallen ließen. Wenn es auch meist gelang, all die täglichen Spannungen auf ein erträgliches Maß zurückzuschrauben, so wuchs das Mißtrauen laufend, zumal der milit. Territorialbefehlshaber (Kommandantur Frankfurt/Oder, später 3. Division) ausgezeichnet aus den Reihen der SA selbst orientiert wurde. Es gab eine Anzahl SA Führer, die als ehemalige Res. Offiziere u. jetzige Grenzschutzführer voll zum Heere hielten u. alles mündlich mitteilten, sobald von Seiten der SA unerlaubte Eingriffe u. Eigenmächtigkeiten vorgenommen wurden. So verstärkte sich beim Territorialbefehlshaber immer mehr der Eindruck, dass die SA im Falle der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zweifellos ein Volksheer mit dem Stamm aus der SA aufziehen wollte, was sie über den Grenzschutz anbahnen wollte. Sichtlich ablehnend verhielt sich die SA als General Haase in Gegenwart des Gruppenführers Kasche und aller leitenden Führer der SA Gruppe Ostmark einen Vortrag mit reichlichem Skizzenmaterial über die Aufgaben der SA im Grenz- u. Landesschutz hielt. Dabei kam erneut zum Ausdruck, dass sie nur Mittel zum Zweck ohne selbstständige Aufgabe wäre. Viele SA Führer hatten so etwas noch nicht gehört, da sie von der SA Gruppe Ostmark in diesem Sinne niemals unterrichtet worden waren. Man sah Enttäuschung und Empörung auf den Gesichtern bei Rückfragen. Das Was der praktische Beweis dafür, dass die SA Gruppe wohl viel zusagte aber nichts hielt. Kasche verließ sichtlich gekränkt den Saal.

Aber auch mit der Partei und ihren Organisationen gab es laufend Reibereien. So wurde auf Betreiben des Territorialbefehlshabers 1934 der NSKK Brigadeführer Marx wegen seiner Einstellung gegen die Wehrmacht degradiert, ebenso wurden SA Führer gerichtlich wegen Beleidigung belangt, da sie einen Unteroffizier des J.R. 8 angenommen hatten. W weitere politische Leiter, die sich der Wehrmacht gegenüber widerspenstig zeigten wurden auf Forderung des Territorialbefehlshabers aus ihren Stellungen entfernt. Das Führerkorps der Partei trug Rangabzeichen, die z.T. denen des Heeres, wie z.B. die Mützenkordel, entsprachen. Schon diese Äußerlichkeit trug neben dem ar-

roganten Auftreten erheblich zu der Mißstimmung bei. Auch zwischen dem Oberpräsidenten Kube und General Haase, dem Kommandanten bzw. Div. Kommandeur in Frankfurt/Oder, kam es zu erheblichen Spannungen. Äußerlich tat Kube immer sehr militärfreundlich dem äußerst zurückhaltenden General Haase gegenüber. Aber im Rathaus Frankfurt hielt Kube hinter verschlossenen Türen u. bei besonderen Sicherungsmaßnahmen Besprechungen ab, in denen er seinen wüsten Ausfällen gegen den Soldaten freien Lauf ließ. Selbst der Inhalt dieser streng vertraulichen Besprechungen wurde dem Territorialbefehlshaber sofort hinterbracht und dem Wehrkreiskommando. III weitergegeben.

In dieser Zeit hielt auch Röhm auf dem Marktplatz Frankfurt/Oder eine bombastisch aufgezo-gene grosse Truppenschau der SA ab mit Musikkorps zu Fuß und zu Pferde mit Paukenschimmel und Behängen. Ich mußte dienstlich teilnehmen. Bei dieser angesichts der an einem Hause angebrachten Gedenktafel für den Feldmarschall Graf von Moltke, der in Frankfurt als Leutnant stand, mich unheimlich u. lächerlich anmutenden Soldatenspielerei mit einem Haufen zusammengewürfelter Menschen, von denen viele überhaupt keine soldatische Gestalt und Haltung aufwiesen, fragte ich mich, was soll das? Wo ist die starke Hand der Staatsführung, die diesen Unfug steuert? Was soll die militärische aufgezo-gene SA? Da muß das Ausland von wegen Aufrüstung ja aufwerfen. Auf jeden Fall hatte der Territorialbefehlshaber auf Grund reichlichen Materials, das alles laufend dem Wehrkreiskdo. III nach Berlin gemeldet wurde, den Eindruck, dass sich irgend etwas in der SA u. Partei, die sich im allgemeinen zwar feindlich gegenüberstanden der Wehrmacht gegenüber aber zusammenhielten, vorbereite zur Beseitigung unliebsamer Persönlichkeiten. Auch ein besonders vertrauenswürdiger Standartenführer der SA wurde heimlich zur Berichterstattung nach Berlin gesandt. Auf Grund des Gesamteindrucks hatte General Haase, der nachmalige Oberbefehlshaber der 15. Armee in Frankreich, nach meinem Vortrag befohlen, dass in allen Garnisonen des Territorialbereiches Vorkehrungen getroffen wurden, die eine Überraschung und Überrumpelung der Wehrmacht ausschlossen. Bis ins Kleinste war vorbereitet, dass auf Stichwort alle

Abw. Dillmann

Leiter von Parteidienststellen und die führenden SA Führer von der Truppe festgenommen und in Schutzhaft gehalten wurden. Das Wehrkreis-kommando III wurde entsprechend orientiert. 2 Tage vor dem "Röhmputsch" wurde ich als erster Generalstabsoffizier der Kommandantur bezw. 3. Division plötzlich zum Wehrkreis-kommando befohlen. Sofort wurde ich zum Befehlshaber, General von Witzleben, geführt, der mich wegen des Sicherheitsbefehls der Kommandantur ernstlich zur Rede stellte. "Seid Ihr denn in Frankfurt verrückt geworden?" - das war der Empfang. Die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen der Kommandantur seien eine politische Maßnahme, die von der Kommandantur nicht selbstständig getroffen werden könnten. Es läge ausserdem für so weitgehende Maßnahmen kein Grund vor. Würden sie bekannt, wäre der Schaden unübersehbar. Ich hätte sofort in alle Standorte zu fahren und die noch versiegelten Befehle aus den Panzerschränken der Standortältesten wieder einzusammeln. Auf Aufforderung gab ich dann noch eine eingehende Lage-schilderung. Die Kommandantur hatte aus eigenem Antrieb gehandelt, da vom Wehrkreis-kdo trotz aller Meldungen u. Berichte in dieser Zeitspanne keinerlei Weisungen bezw. Orientierungen auch nicht mündlicher Art kamen. Andererseits wollte sich die Kommandantur keiner Überraschung aussetzen. 2 Tage später war der Röhmputsch. Wie aus dem Bodengestampft war die SS als vollziehende Gewalt unter ihrem Führer von dem Bache-Zelewski da. Sie rückte in die Kaserne des J.R.8 ein, meldete sich beim Standort mit dem Auftrag, sie habe bei der SA Ruhe und Ordnung her-zustellen. Allmählich wurden uns die Verhaftungen bekannt. Alle hohen SA Führer der Gruppe Ostmark waren verhaftet. Röhm habe, wie uns von der SS bekannt gegeben wurde, mit der SA einen Umsturz herbeiführen wollen. Ihre Führer seien aber rechtzeitig in Wiessee vom Führer in unwürdigen Zustand bei einer Verschwörerbesprechung überrascht wor-den. Der Kommandeur der Frankfurter Schutzpolizei, Major Meinhold, war mit der Führung der verwaisten SA Gruppe Ostmark bis zur Neubeset-zung beauftragt. Er mußte alles Material über das Verhalten der SA Gruppe sammeln. Im übrigen herrschte bei der SA eine entspannende Ruhe - keinerlei Demonstration oder Unbotmäßigkeit auch der Wehrmacht gegenüber. Die SS beherrschte restlos die Situation in polizeilicher

Beziehung und trug das zur Schau. General von Witzleben kam nach Frankfurt, sprach vor dem Offizierkorps und unterrichtete über die Lage, etwa so wie sie damals auch im Rindfunk verbreitet wurde. Wir Soldaten hatten nun vor allem eine uns notwendig erscheinende Säuberung der Partei und ihrer Gliederungen sowie den Ersatz ihrer Führer durch wirklich brauchbare Persönlichkeiten erwartet. Auch die Bevölkerung in ihrer Masse war in der Erinnerung der Parteienherrschaft der Weimarer Republik für eine Säuberung eingestellt und hoffte nun, Hitler würde das Parteibonzenium erledigen. Diese Einstellung hat ~~am~~ psychologisch am 30.VI.34 seine Wirkung getan und darf als Tatsache für die Wertung und Aufnahme der damaligen Geschehnisse in der Bevölkerung nicht übersehen werden. Doch nichts geschah. Mittags kamen die Rundfunknachrichten über die Standgerichte und Todesurteile. Tief erschütterte uns alle der Mord an General von Schleicher u. von Bredow. Als Grund wurde damals bekannt gegeben, General von Schleicher habe mit dem Ausland konspiriert. Es hieß, er habe sich zu weit vorgewagt und sei ein Opfer seiner politischen Tätigkeit geworden, wobei es General von Bredow mitgerissen habe. Das Vertrauen zu General von Blomberg war wieder erheblich gestiegen, nachdem man vorher viel Kritik an seiner Person hörte. Die Soldaten empfanden den 30.VI.34 als einen Sieg über die SA und Partei. Die Wehrmacht war ausdrücklich die einzigste Waffenträgerin der Nation. Dieser Feststellung gegenüber traten all' die andern furchtbaren Ereignisse in den Hintergrund, zumal niemand richtig orientiert war. Die Masse des arbeitenden Volkes, das damals schon völlig durchorganisiert war und einmütig hinter Hitler stand, sah die Morde als berechtigtes Durchgreifen Hitlers gegen Reaktion und Volksfeinde an. Wenn heute behauptet wird, die Reichswehr hätte damals eingreifen müssen, so wird die damalige Lage, Stimmung und Möglichkeit eines Eingreifens übersehen. Es hätte auch innerhalb der Reichswehr zu Krisen kommen können, zumal die älteren Offiziere als reaktionär galten. Die Odium haftete auch an Schleicher u. Bredow. Ein Generalstreik, der von der Partei geführten Arbeiterschaft hätte die kl. Reichswehr mattgesetzt. Das Vertrauen des Volkes wäre er-

ledigt gewesen. Von General v. Blomberg hiess es, er habe politisch in der Zeit, wo er jahrelang Chef und Freund des politisch so klugen und aufgeschlossenen Generals Reinhard gewesen sei, sehr viel gelernt. Hitler gegenüber habe er sich ^{endlich} bezüglich der Stellung der Reichswehr durchgesetzt. Weite Teile des Volkes, vor allem die, welche schon unter den Uebergriffen von Partei und SA. gelitten hatten, begrüßten die Anerkennung der Wehrmacht als einzigsten Waffenträger der Nation und suchten die Verbindung zur Wehrmacht. Am Abend des 30.6.34 traf ich den mir wohlbekannten Staatssekretär Planck, einem Vertrauten von General v. Schleicher, mit Frau in einer dunklen Ecke des Hotels Prinz von Preussen in Frankfurt an der Oder. Ich war sehr erstaunt und fragte ihn, was denn ausgerechnet heute hier macht? Er gab eine ausweichende Antwort und war nachher plötzlich verschwunden. Das erschien mir merkwürdig, ich nahm mir auf jeden Fall vor, Niemandem etwas von dieser Begegnung zu sagen.

In den Tagen nach dem Roehm-Putsch wurde ich eines Morgens aus Berlin angerufen. Es meldete sich ein Oberstleutnant der Schutzpolizei von Montigny und sagte mir, dass mich der SA Obergruppenführer Kasche, der vom Standgericht stände, in seiner Gegenwart sprechen wolle. Kasche sagte mir, es ginge bei ihm um Kopf und Kragen, ich möchte ihm doch bestätigen, dass er immer loyal und gut mit der Wehrmacht zusammengearbeitet habe. Ich sagte ihm, dass ich ihm gerne bestätigen wolle, dass er uns immer loyale Zusammenarbeit zugesichert und sogar entsprechende Befehle seinerseits vorgelegt habe. Doch hätten sein Führertum und ^{anscheinend} Autorität/nicht ausgereicht, dass sich seine Befehle auch tatsächlich durchgesetzt hätten.

Nach dem Roehm-Putsch zog die SA und Grenzschutz gut. Sie gab sich sichtlich Mühe. Der Einfluss des in der SA aufgegangenen Stahlhelms machte sich vermehrt im Erfüllen der Pflichten als Grenzschutzkämpfer bemerkbar. Die Stimmung in dem aus dem Stahlhelm stammenden Grenzschutz war Hitler und allen Partei-Bonzen gegenüber schlecht. Nur das Pflichtgefühl dem Vaterland gegenüber liess die Stahlhelmer die Hakenkreuzarmbinde und später die SA-Uniform tragen. Lustige Spielchen aus den

aus den Gasthäusern in Grenzstädtchen ~~und~~. Es wurde statt mit Würfeln mit Messern geknobelt, die man gegen eine als Hitler verkleidete Puppe warf. Wer den Kopf abschlag hatte gewonnen. So war dort die Stimmung. Leider oft auch der Wehrmacht gegenüber zurückhaltend.

1935 war das Jahr der Wiedererrichtung der allgemeinen Wehrpflicht. Aus der SA-Führerschaft kamen Gesuche alter Offiziere um Reaktivierung. So reichte auch der Chef des Stabes der SA-Gruppe Ostmark ein Gesuch um Reaktivierung ein. Es war dies ein Hauptmann a.D. Schmitt, zuletzt bei einem See-Bataillon. Da dieser Mann eindeutig auf 2 Schultern getragen hatte, lehnte die Division sein Gesuch ab. Eines Tages wurde ich als Ia der Div. durch Fernschreiber zu General v. Reichenau, dem Chef des Ministerantes, befohlen. Ich erfuhr dort, dass der Hauptmann a.D. Schmitt Briefe an das Ministerium über mich mit ungläublichen Beschuldigungen geschrieben hatte. General v. Reichenau fragte mich, ob Hauptmann Schmitt wieder eingestellt werden könnte. Ich meldete ihm, diese Frage habe mein Div.-Kdr. und der Wehrkreisbefehlshaber bereits verneint. Daraufhin sagte mir General v. Reichenau, das wisse er auch, doch ich sei der bearbeitende Generalstabsoffizier gewesen, er frage mich daher nach meiner Meinung. Daraufhin verneinte ich die Eignung des ehem. Hauptmanns Schmitt zur Uebernahme, was General v. Reichenau anerkannte. Ueber diese Rücksprache machte ich meinem Div.-Kdr. entsprechende Meldung. Ich habe dies nur als Beispiel gegeben, um zu zeigen, wie weitgehend das R.W.M. sich damals in Angelegenheiten, die die Parteiorganisationen betraf einmischte, um - an sich verständlicher Weise - auszugleichen, zumal die Truppe in ihren ^{mittleren u.} älteren Jahrgängen sehr gegen alle Parteiorganisationen eingestellt war.

Als ich im Winter 1937/38 als Leiter Ost in der 3. Abtlg. des Generalstabes des Heeres Dienst tat, besuchte mich der damalige Major Balck und übergab mir schriftliches ausserordentlich wichtiges Material über illegale Tätigkeit der SS, das ihm streng vertraulich vom Generalstaatsanwalt Jung vom Kammergericht Berlin übergeben worden war. Es handelte sich um sehr willkommenes Material, zumal mich um dieselbe Zeit der Attachée Albrecht v. Kessel aus dem Auswärtigen Amt aufsuchte, um mir eine Orientierung über die beabsichtigte Beseitigung des General-

obersten Frhr.v.Fritsch zu geben. Ich fragte den Attaché v.Kessel wo er diese Nachricht her habe, da er sich darüber klar sein müsse, dass ich selbstverständlich dem Generalobersten davon sofort Mitteilung machen würde. Er sagte mir, dass diese Nachricht aus einwandfreier, zuverlässiger Quelle käme. Himmler strebe den Posten des Reichskriegsministers an und Fritsch sollte, da er in seinen Auffassungen untragbar sei, entfernt werden. Er mache mir diese Mitteilung, weil er wisse, dass ich den Oberbefehlshaber des Heeres davon Mitteilung machen würde. Im übrigen bäte er, dass aus begreiflichen Gründen sein Name nicht genannt würde. Das Material des Generalstaatsanwaltes Jung sowie die Mitteilung des Attaché v.Kessel leitete ich sofort weiter. In Gegenwart des Chefs des Generalstabs, General Beck, des Oberst i.Gen. Hossbach und des Obersten i.Gen. Siewert wurde ich über die Mitteilung des Attachés v.Kessel von Generaloberst Frhr.v.Fritsch persönlich gehört. Meine Aussage wurde zu Protokoll genommen. Trotz der Bitte des Attachés v.Kessel, seinen Namen nicht zu nennen, hielt ich mich unter Bezugnahme auf die Bitte des Herrn v.Kessel doch für verpflichtet, dessen Namen ^{in diesem Zusammenhang} zu nennen, ~~und~~ die Glaubwürdigkeit dieser Nachricht zu unterstreichen. Der Name des Herrn v.Kessel wurde nie bekannt, er ist heute in Paris beim deutschen Generalkonsul.

H. H. H. H.
General v. Kessel

1-2-1

Institut für Zeitgeschichte

25-30A-43

A B s c h r i f t !

Auszug aus einer eidesstattlichen Erklärung :

E i d e s s t a t t l i c h e E r k l ä r u n g !

Jch Ulrich Bormann, geb. 25.6.85 in Glatz, Wohnung z.Zt. (21a) Post
Bösingfeld/Lippe von 1929-1935 Angestellter beim Wehrkreiskdo, III
Weierberg 27
in Berlin, sage an Eidesstatt aus,
dass nach klarer Erinnerung sich die 3.Division in Frankfurt a.O.
insbesondere durch die Tätigkeit des Ia, Oberstlt.i.G. Max Fretter-
Pico, nie in Abhängigkeit oder Beeinflussung der Partei oder ihrer
Gliederungen befand, sondern sich scharf gegen zahlreich Übergriffs-
versuche in die Belange der Wehrmacht stellte, das zu erheblichen
Spannungen zwischen der Division und den Parteigliederungen und Verwal-
tungsstellen führte.
Über alle Maßnahmen der Partei gegenüber der Wehrmacht war die 3.
Division durch die Tätigkeit des Oberstlt. Fretter-Pico am besten von
den dem Wehrkreiskdo. unterstellten Dienststellen unterrichtet, sodass
das Wehrkreiskdo. aufs genaueste orientiert war und daher rechztätig
seine Vorkehrungen gegen Übergriffe der Partei und ihrer Gliederun-
gen gegen die Belange der Wehrmacht treffen konnte.
Für die Einstellung des Oberstlt. Freter-Pico zur Partei ist beson-
ders bezeichnend, dass von der Division eine Organisation geschaf-
fen wurde, die dem Zweck diente bei der sich immer mehr zuspitzenden
Lage zwischen Wehrmacht und Partei auf ein Stichwort hin, alle Par-
teifunktionäre (Kreisleiter pp.) in den unterstellten Standorten nö-
tigenfalls festzunehmen.....
gez. Ulrich Bormann.

Auszug aus einer eidesstattlichen Erklärung der Mary von Benda,
Sekretärin im Stabe der 1. Kavallerie-Division :

"Jch entsinne mich, dass Herr Fretter-Pico sich bei diesen Berichten
stets scharf ablehnend gegen die immer mehr hervortretenden Bestre-
bungen der S.A., Einfluß auf militärische Angelegenheiten zu gewin-
nen, äusserte. Besonders dem Versuch, die vormilitärische Ausbildung
unter militärischem Ausbildungspersonal ganz in die Hand zu bekommen,
setzte Herr Fretter-Pico Widerstand entgegen..... Besonders galt
sein Kampf dem damaligen Gruppenführer der S.A. Gruppe Ostmark, Sieg-
fried Kasche..... und dessen Ehrgeiz, sich die Wehrmacht zum ge-
fügtigen Werkzeug zu machen.
Als besonders deutlich und eindrucksvoll ist mir ein Telefongespräch
zwischen Herrn Fretter-Pico und Kasche in Erinnerung geblieben. Als
nach dem vergeblichen Röhmputsch auch Kasche der Vorwurf illegalen
Verhaltens der Leitung der S.A. bzw. der NSDAP gemacht u. er deswegen
zur Verantwortung gezogen wurde, war auch Herr Fretter-Pico zu ei-
nem Bericht über Kasche aufgefordert worden. Kasche, der auf irgend
eine Weise Kenntnis hiervon erhalten hatte, rief Herrn Fretter-Pico
telephonisch an und bat ihn flüchtig, sich den Wortlaut seines
Berichtes genau zu überlegen, da er ihm den Kopf kosten könne. Soweit
ich mich entsinne, erwiderte Herr Fretter-Pico etwa: "Jch habe keine
Veranlassung Jhretwegen einen nicht zutreffenden oder der Wahrheit
zuwiderlaufenden Bericht zu erstatten. Wenn die Angelegenheit für
Sie verhängnisvoll ausgeht, so habe nicht ich diese Folgen zu vertre-
ten....."

gez. Mary von Benda

Für die Richtigkeit der Abschriften:

M. Fretter-Pico
M. Fretter-Pico
General d. Artillerie a.D.

00041

Schander!

Die Unterschrift des M. Fretter - Pico
die in meiner Gegenwart vollzogen wurde,
wird hiermit beglaubigt.

Sandhausen, den 13. September 1951

Der Bürgermeister:



M. Fretter-Pico

...in Berlin, aus an Eidesstatt aus,
...nach klarer Erinnerung sich die
...insbesondere durch die Tätigkeit des
...Pico, die in Abhängigkeit oder Beeinflussung der Partei oder ihrer
...Bilder, sondern nicht selbst gegen schriftlich vorgelegte
...versucht, die Belange der Wehrmacht stellen, das zu erheblichen
...Spannungen zwischen der Division und den Parteigliedern und Verwe-
...tungsteil
...über alle in der Partei gegenüber der Wehrmacht war die
...Division durch die Tätigkeit des Oberstl. Fretter-Pico im besten von
...den den Wehrmacht unterstellten Dienststellen unterstellt, sodass
...das Wehrmacht, die in der Wehrmacht orientiert war und daher rechtlich
...keine Verkehrenge, geschäftliche der Partei und ihrer Mitglieder
...gen gegen die Wehrmacht der Wehrmacht stellen konnte.
...Für die Einstellung des Oberstl. Fretter-Pico zur Partei ist beson-
...ders beachtenswert, dass in der Division eine Organisation geschaf-
...ten wurde, die den Wehrmacht bei der nicht immer sehr qualifizierten
...läufe zwischen Wehrmacht und Partei auf ein Bistwort hin, die Par-
...teifunktionäre (Kriegsteilnehmer) in den unterstellten Standorten ge-
...tägliche Lasten zu übernehmen.
...genügend
...Ausgang aus einer Eidesstatt, die im Erläuterung der Lage von Sandh.
...Sekretärin in Sandh. der 8. Gruppe Ostmark, die bei dieser Berichter-
..."der erlittene nicht, dass Herr Fretter-Pico nicht bei dieser Berichter-
...erste so klar erkennbar gegen die Wehrmacht mehr hervortretenden Bestre-
...bungen der 8. Gruppe Ostmark, die in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...gen, besonders der Wehrmacht, die in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...unter militärischen Anordnungen, die in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...sowie Herr Fretter-Pico, die in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...sein Kampf im damaligen Organisationsbereich der 8. Gruppe Ostmark, die
...trieb konnte, und dass Herr Fretter-Pico, die in der Wehrmacht unter-
...liegenden Wehrmacht zu sein.
...als besondere deutlich wird, dass Herr Fretter-Pico, die in der Wehrmacht
...zwischen Herrn Fretter-Pico und Sandh. in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...nach dem vertraglichen Rahmen auch Herr Fretter-Pico, die in der Wehrmacht
...Verhalten der Leitung der 8. Gruppe Ostmark, die in der Wehrmacht unter-
...zur Verantwortung gezogen werden, was auch Herr Fretter-Pico, die in der
...nen Bericht über Sandh. angefordert werden, dass Herr Fretter-Pico, die
...eine Wehrmacht hierin erlitten hätte, die in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...telephonisch an und hat die Wehrmacht, die in der Wehrmacht unterstellt zu sein
...gerichtet gegen zu sein, da er im den Teil der Wehrmacht unterstellt zu sein
...ich mich erlittene, erlittene Herr Fretter-Pico, die in der Wehrmacht unter-
...Voraussetzung ihrerwegen einen nicht unterstellenden der Wehrmacht
...rüberlieferenden Bericht zu ersetzen, wenn die Angabe der Wehrmacht
...die verhältnismäßig ausreicht, so habe nicht ich diese Vorgänge in ver-
...ten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

A b s c h r i f t !

Auszug aus einem Brief des ehemaligen S.A.-Standartenführers Schulz-Pilgram, der stets ein Vertrauensmann der Wehrmacht war und offen gegen die Auswüchse in der S.A. auftrat. Er war daher auch vorübergehend festgenommen worden.

den 10.8.47.

Lieber Herr Fretter-Pico !

Über Ihren Brief vom Juni habe ich mich sehr gefreut und danke Ihnen sehr für Ihre Erinnerungen an alte Zeiten. Ich wünschte, es wäre damals mehr auf mich gehört worden und die Kräfte, die gegen mich am Werke waren, hätten nicht soviel Einfluß gehabt. Mein Besuch beim späteren Feldmarschall v. Witzleben im Jahr 1936 verlief doch ganz ergebnislos, weil W. scheinbar damals sich über unsere Lage noch nicht das richtige Bild machte.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

M. Fretter-Pico

M. Fretter-Pico
General d. Artl. a. D.

M. Fretter-Pico

Die Unterschrift von Herrn M. Fretter - Pico
die in meiner Anwesenheit vollzogen wurde,
wird hiermit beglaubigt.

Sandhausen, den 13. September 1951



Der Bürgermeister:

M. Fretter - Pico

Institut für Zeitgeschichte - Archiv